

Der Brunnerbrief

Liebe Genossin, lieber Genosse,

liebe Leserin, lieber Leser,

vor kurzem lief der Film „Wir sind jung, wir sind stark“ im Kino. In dem eindrucksvollen Werk von Burhan Qurbani geht es um eine Gruppe Jugendlicher aus Rostock, die sich im Jahr 1992 vor lauter Perspektivlosigkeit von rechtsextremen Ideen anstecken und instrumentalisieren lassen. Der Film endet in den unheimlichen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen, in den gewaltsamen Protesten gegen vietnamesische Vertragsarbeiter im „Sonnenblumenhaus“. Unter dem Eindruck dieses Filmes stehend, erreichte mich kurz darauf die Nachricht, dass in einem kleinen Ort in Sachsen-Anhalt ein Bürgermeister sein Amt aufgegeben hat, weil seit Wochen Rechtsextreme durch den Ort marschieren und ihn und seine Familie bedrohen. Von der Polizei fühlte er sich nicht ausreichend geschützt. Dadurch ausgelöst, möchte ich die sitzungsfreie Woche dazu nutzen, erneut einen Sonderbrunnerbrief zu verschicken, der sich mit den Themen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Integration und der angeblichen Überfremdung Deutschlands beschäftigt.

Herzliche Grüße

Dein



Karl-Heinz Brunner

STICHWORT: RECHTSPOPULISMUS

Der Populismus bezeichnet grundsätzlich einen Politikstil, der sich volksnah gibt und gleichzeitig Emotionen, Vorurteile und Ängste der Bevölkerung für eigene Zwecke und Ziele schürt. Die angebotenen Lösungen sind vermeintlich klar und einfach und bedienen sich des schwarz-weiß-Schemas. Dieses Phänomen findet sich sowohl im rechten wie im linken politischen Spektrum. Der Rechtspopulismus zeichnet sich durch zweierlei Merkmale aus: Zum einen wird der Gegensatz zwischen dem Volk und „denen da oben“ betont und inszeniert, man beachte die „Wir sind das Volk“-Parolen der Pegida-Anhänger. Zum anderen wird auf horizontaler Ebene die Ausgrenzung bestimmter (Rand-)Gruppen propagiert, seien es Juden, Sinti und Roma oder Muslime.

(Rechts-)Populistische Parteien oder Bewegungen haben immer dann Erfolg, wenn sich eine Gesellschaft in einer Modernisierungs- bzw. Umbruchphase befindet. Dass wir uns in einer solchen befinden, verdeutlichen nicht nur die gestiegene Zuwanderung, sondern auch die Euro-Finanzkrise und die zahlreichen Konflikte vor den Türen der Europäischen Union. Die Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung sind auch ohne die Existenz der Rechtspopulisten vorhanden, bilden aber zugleich einen hervorragenden Nährboden für deren Parolen und Lösungsangebote.

Quelle der Infoboxen ist unter anderem: Boettcher, Alexander: „Rechtspopulismus in Europa“. Friedrich-Ebert-Stiftung, August 2011.

In diesem Zusammenhang beschäftigt mich schon seit Monaten ein Fall aus Krumbach: Gloria Yosores, geboren auf den Philippinen, lebt seit einigen Jahren mit ihrem Sohn Joseph in Krumbach. Beide haben sich hervorragend eingelebt. Frau Yosores bestreitet ihren Lebensunterhalt selbst und Joseph besucht die örtliche Schule und den Kinderhort. In diesem Jahr soll er zur Kommunion gehen. Nun droht den beiden die Abschiebung. Die Ehe von Frau Yosores mit ihrem deutschen Mann wurde vor der gesetzlich geregelten Dreijahresfrist geschieden - nur zwei Monate bevor man ihr ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zugestanden hätte.

Dieser Fall hat mir vor Augen geführt, wie wir heute vielerorts mit Ausländern umgehen. Mir ist klar geworden: Eine Frist allein darf nicht über das Aufenthaltsrecht entscheiden. Glücklicherweise konnte dank vieler Unterstützer einer Ab-

schiebung zunächst entgegen gewirkt werden. Der Fall wird nun noch einmal eingehend durch eine Härtefallkommission überprüft. Ich hoffe, Gloria und Joseph Yosores dürfen in Deutschland bleiben. Ihre Heimat ist schon lange hier.

Das Schicksal der Familie Yosores wirft die Frage auf, wie wir mit Ausländern in Deutschland umgehen sollen. Auch mit der Zunahme von Flüchtlingen wird diese Frage immer drängender. Wie können wir Einwanderungspolitik vernünftig gestalten? Und gleichzeitig müssen wir uns auch fragen, wie wir mit jenen Menschen umgehen, die bis vor kurzem noch Woche für Woche gegen die vermeintliche Überfremdung und Islamisierung des Abendlandes demonstrierten.

Auch wenn sich die Pegida-Bewegung weitestgehend aufgelöst hat, bestehen die Ängste und Unsicherheiten der Menschen in den Köpfen weiter. Pegida hat nur gezeigt, dass Asyl- und Zuwanderungspolitik die Menschen beschäftigt. Und ich sehe mich als Politiker in der Verantwortung, diese Ängste ernst zu nehmen, vielleicht auch Antworten zu geben.

Stammtischparolen wie „Wer betrügt, der fliegt“, wie sie vor einiger Zeit von Seiten der CSU zu hören waren, sind keine Hilfe, im Gegenteil, sie sind schlicht kontraproduktiv. Zuwanderung darf nicht als Bedrohung diffamiert werden. Vielmehr müssen die Chancen wahrgenommen werden, die sich aus einer guten Zuwanderungspolitik für uns bieten.

Ich denke dabei vor allem an unsere alternde Gesellschaft in Deutschland. Im Zuge des demografischen Wandels wird es immer mehr alte Menschen geben. Das ist einerseits sehr schön, andererseits jedoch müssen diese von der schwindenden Zahl der nachwachsenden Generation getragen werden.

Ab 2020 wird allmählich die große Generation der Babyboomer in Rente gehen. Die Vereinten Nationen haben festgestellt, dass wir dieser Entwicklung entgegen wirken können, wenn wir Einwanderung zulassen, da es für Geburten schon zu

STICHWORT: RECHTSEXTREMISMUS

Die Steigerung des Rechtspopulismus ist der Rechtsextremismus, der von einer antidemokratischen Ideologie lebt und von einer rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit des Menschen ausgeht. Im Rechtsextremismus wird der Individualismus aufgegeben und stattdessen wird eine kollektivistisch und ethnisch homogene Gemeinschaft, die in einem totalitär regierten Nationalstaat, propagiert.

Über weite Strecken des neuen Jahrtausends setzte sich der Eindruck durch, die Rechtsextremen und namentlich die NPD würde an Boden verlieren, schwache Wahlergebnisse erzielen und nur noch in ein, zwei ostdeutschen Landtagen sitzen. Aus dieser bequemen Illusion wurden wir jäh gerissen, als im Jahr 2011 die Blutspur bekannt wurde, die die Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund über Jahre hinweg durch Deutschland gezogen hat. Längst haben die Neonazis tradierte Erkennungszeichen wie Springerstiefel und Bomberjacke abgelegt und bedienen sich subtilerer Taktiken, beispielsweise der gezielten Propaganda in sozialen Netzwerken oder in Fußballstadien. Und noch immer passieren durchschnittlich 45 Straftaten mit rechtem Hintergrund – und das jeden Tag.



spät ist. Um nur die Zahl der Erwerbstätigen konstant zu halten, wird der Bedarf an jährlicher Einwanderung bei einer halben Million Menschen liegen. Aber eben diese halbe Million fehlt uns, ob wir es wahr haben wollen oder nicht. Es ist müßig, über das Warum zu diskutieren. Schlicht, sie fehlen und stellen unser Sozialsystem und unsere Wirtschaft vor große Herausforderungen.

Zuwanderung ist sicher kein Allheilmittel, aber dennoch eines der Instrumente, dass wir nutzen sollten, die Probleme unserer Gesellschaftsstruktur abzufedern. Auch deswegen ist der Fall der Familie Yosores umso bedauerlicher. Es darf nicht sein, dass das Schicksal der Familie, die beispielhaft für viele andere steht, durch eine behördliche Dreijahresfrist bestimmt wird.

Doch müssen wir aufpassen, nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten: Obwohl es uns vor allem an hochqualifizierten Arbeitskräften fehlt, dürfen wir Zuwanderer nicht in zwei Klassen unterteilen. Mit den neuen Krisenherden weltweit wird die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland vorerst nicht zurückgehen. Diese Menschen sind auf unsere Hilfe angewiesen. Viele können nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkehren.

Deutschland ist ein Zuwanderungsland und wird es auch in Zukunft bleiben. Das ist Wirklichkeit und darauf können wir stolz sein. Jetzt müssen wir unserer Verantwortung gerecht werden und die Herausforderungen und Möglichkeiten annehmen, um auch weiter für alle Generationen an einer guten Zukunft zu bauen.

STRATEGIEN GEGEN RECHTS

Wie haben die demokratischen Parteien mit Rechtspopulisten und Rechtsextremen umzugehen? Zunächst sind, sofern sie genügend Aufmerksamkeit generieren können, was dank bestimmter Medien regelmäßig geschieht, die Populisten im Vorteil. Werden sie ignoriert, wird ihnen die Deutungshoheit überlassen und sie können sich zur „wahren Volksstimme“ stilisieren, die von den „etablierten“ Parteien totgeschwiegen wird. Kooperiert man mit ihnen, wird ihnen sogar eine zusätzliche Bühne für ihre Propaganda geboten. Insofern gibt es keinen „Königsweg“, um dieses Dilemma aufzulösen. Die Antwort kann nur heißen, dass die demokratischen Parteien durch Aufklärung, Argumente und langfristige, sachliche Informationsarbeit die von den Populisten besetzten Themen entschärfen und die Bürger gegen einfache schwarz-weiß-Lösungen immunisieren müssen.

Dabei hilft oft schon ein nüchterner Blick auf die Faktenlage. Zum Thema Integration, Migration und Flüchtlingspolitik dazu ein kleiner Überblick:

- Zwei Drittel der Einwanderer in Deutschland kommen aus der Europäischen Union und nicht etwa aus dem Nahen Osten oder Nordafrika
- Hauptherkunftsland der Einwanderer ist – seit 1996! – mit großem Abstand Polen; es folgen Rumänien und Italien
- 2013 sind mehr Menschen aus Deutschland in die Türkei ausgewandert, als Türken nach Deutschland gekommen sind
- Jeder Ausländer zahlt im Schnitt 3.300 Euro mehr Steuern und Sozialabgaben in Deutschland ein, als er an Sozialleistungen erhält. Insgesamt ergibt sich dadurch ein Überschuss von 22 Milliarden Euro.

Überflüssig zu wiederholen, dass wir aufgrund unserer demographischen Situation zwingend und dringend auf Zuwanderung angewiesen sind. Deshalb hat die Politik, hat die SPD in den letzten Monaten viele Hebel umgelegt, um eine bessere Integration der zu uns kommenden Menschen zu ermöglichen. Der Doppelpass wurde eingeführt, der es in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern auch nach dem 18. Lebensjahr ermöglicht, beide Pässe zu behalten. Der Arbeitsmarktzugang ist bereits nach drei statt wie bisher neun bzw. zwölf Monaten möglich. Um den Asylbewerbern und Geduldeten Bewegungsfreiheit zu ermöglichen, haben wir die sogenannte Residenzpflicht abgeschafft. Nach drei Monaten, also der Phase der Erstaufnahme, dürfen sich die Menschen frei im Bundesgebiet bewegen.

